
FDP Rosbach

STARKE-HEIMAT-GESETZ

14.11.2019

Rosbachs FDP will kommunale Eigenverantwortung stärken und

Als unkorrekt und kurzsichtig weisen die Freien Demokraten in Rosbach die Stellungnahme der CDU zurück, das "Starke-Heimat-Gesetz" bringe den Kommunen einen Vorteil von 240 000 €. Richtig sei, dass dies eine nicht nachvollziehbare Entscheidung der CDU ist. Eine breite Mehrheit des Stadtparlaments habe sich allerdings gegen ein Verbot eines Finanzbetrags gegen das Gesetz gewandt, sondern wegen der Verletzung der schwarzgrünen Landesregierung in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen im Grundgesetz gewährleistet ist. Darin werde sogar die finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen hervorgehoben.

Somit ist nach Auffassung der FDP nicht vertretbar, wenn der Gesetzgeber den Kommunen zustehende finanzielle Mittel entzieht und umverteilt, um damit Landesinteressen zu verfolgen. „Statt über jährlich 440.000 € aus ihrem Gewerbesteueranteil bleiben den Kommunen jetzt nur noch 110.000 €. Demgegenüber werden Rosbach 330.000 € zur Verfügung vorenthalten“ rechnet Fraktionsvorsitzender Hans-Otto J.

Es könne sein, dass vorübergehend einige Gemeinden einen Vorteil davon ziehen, sich aber bei späterer Gelegenheit zu deren Nachteil gravierend ändern könnten. Es muss verfassungsrechtlich geklärt werden, wie weit die Landesregierung in die Rechte der Gemeinden eingreifen kann. Dies sollte auch im Interesse der Kommunen sein, meint dazu der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Volker